



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 30.01.2018

Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner bleibt Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union.

Seit Mitte der Woche herrscht Klarheit darüber, dass die Politikerin auch in der neuen Amtszeit des Deutschen Bundestages Mitglied im Europaausschuss - dem größten Parlamentsausschuss - bleibt. Für die Vertreterin des Wahlkreises Pirmasens/Zweibrücken, der in unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankreich liegt, ist das eine bedeutende Entscheidung.

„Es ist mir wichtig, dass ich meine Arbeit auch weiterhin dem Thema Europa widmen darf“, freut sich die Abgeordnete und weist darauf hin, dass für die Mitarbeit in diesem Ausschuss viele Bundestagsabgeordnete ihr Interesse bekundet haben. Den Einstieg in ihre Arbeit nimmt die Abgeordnete zum Anlass, um an die Ziele zu erinnern, die man mit der Gründung der Europäischen Union verfolgte. Allem voran gilt es, den Frieden in Europa und das Wohlergehen der Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten zu fördern und die demokratischen Grundwerte, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Menschen- und Grundrechte zu achten. „Was sich so abstrakt anhört, ist gerade bei uns in der Grenzregion zum nahegelegenen Frankreich, gelebter Alltag. Menschen pendeln täglich von beiden Seiten über die Grenze zum Arbeiten, Kinder lernen bereits in den Kitas die Sprache des Nachbarlandes, Feuerwehren üben für den Ernstfall miteinander und es gibt viele Freundschaften über Grenzen hinweg“, zählt die Abgeordnete auf.

Wichtig ist für die SPD-Politikerin aber auch, den Blick auf die gesamte Europäische Union zu richten. Dabei fällt auf, dass vor allem zu den südlichen Mitgliedsstaaten ein deutliches soziales Gefälle existiert. Hauptursache ist die Banken- und Staatsschuldenkrise vor genau 10 Jahren. Die leeren Kassen der Staaten und Unternehmen führten zu hoher Arbeitslosigkeit und strikten Sparkursen bei den Sozialausgaben. Viele Menschen leiden bis heute darunter. Glöckner will sich dafür einsetzen, die strikte und einseitige Sparpolitik aufzugeben. Stattdessen wirbt sie für eine Politik, die auf mehr Investitionen ausgerichtet ist, Arbeitsplätze schafft und die sozialen Standards, wie z.B. die Löhne, aneinander angleicht.

Das hat auch für Deutschland Vorteile, denn 60 Prozent der deutschen Exporte werden innerhalb der Europäischen Union verkauft. Wenn die Menschen in den südlichen

Mitgliedsstaaten der EU wieder arbeiten und mehr Geld in der Tasche haben, wird auch in Deutschland die Wirtschaft belebt. Für die Abgeordnete spielt das eine wichtige Rolle, denn gerade hier in unserer Region, profitieren noch lange nicht alle Menschen vom Aufschwung.

„Nicht zuletzt bietet eine sozialere Europapolitik auch Chancen für die immer noch überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in Zweibrücken. Durch zielgerichtete Fördermittel aus europäischen Töpfen, wie etwa dem Europäischen Sozialfonds (ESF), können Menschen für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden“, erläutert Angelika Glöckner abschließend.